

## **„Frauen scheren sich nicht um Politik“ – wie Geschichte und Gegenwart Frauen aus der Politik rausdefinieren**

von Regula Stämpfli, Dr. phil, Politologin, Dozentin, Publizistin siehe

[www.regulastaempfli.ch](http://www.regulastaempfli.ch) Copyright [www.regulastaempfli.ch](http://www.regulastaempfli.ch) Zitierungsweise

Der NZZamSonntag vom 25. Februar 2007 war es eine fette Schlagzeile wert:

„Schweizer Frauen scheren sich nicht um Politik. Die Unterschiede zwischen der Beteiligung von Männern und Frauen an den Wahlen sind in der Schweiz riesig. Die Schweizer Frauen beteiligen sich in viel geringerer Zahl an nationalen Wahlen als Männer. Die Schweizerinnen verhalten sich somit anders als die Frauen im umliegenden Ausland.“ Obwohl der Autor Francesco Benini von seinem NZZ-Kollegen Martin Senti am 1. März 2007 elegant, aber sehr deutlich, als völliger Fehlinterpret bestehender politologischer Daten entlarvt wurde, obwohl auch ich in der grössten Schweizer Wochenzeitschrift (Coopzeitung, 13. März 2007) ein mehrseitiges Interview zum selben Thema geben und aufklären durfte, obwohl der Leiter des führenden Wahl- und Politikumfrageinstituts GfS-Bern, Claude Longchamp belegte, dass der NZZamSonntag-Artikel vor allem Klischées repetiert statt Tatsachen referiert<sup>1</sup>, vergeht keine Wahlveranstaltung, in welcher der unselige NZZ-Titel nicht zitiert würde. Das Vorurteil, dass Frauen generell und Schweizerinnen ganz speziell sich nicht um Politik scheren, hält sich hartnäckig. Solche De- und Entpolitisierungsstrategien haben System.

Kurz nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 wurde sofort das Gerücht in die Welt gesetzt, dass es vor allem die Frauen gewesen seien, die den gescheiterten österreichischen Postkartenmaler an die Macht gewählt hätten. Besonders beliebt war diese nachweislich erfundene Geschichte in der Schweiz. Sie

---

<sup>1</sup> Siehe [www.kommunikationsblog.ch](http://www.kommunikationsblog.ch)

wurde häufig als Argument gegen die Einführung des Frauenstimm- und wahlrechts verwendet<sup>2</sup>. Seitdem hält sich diese Unwahrheit, die sich auf nichts stützt<sup>3</sup>, sondern reine Polemik ist, immer noch in allen Köpfen. Der weltbekannte niederländische Schriftsteller Harry Mulisch macht in seinem Jahrhundertwerk „Die Entdeckung des Himmels“ die hitlerwählenden Frauen sogar zu einer Schlüsselstelle in seinem Roman<sup>4</sup>.

Dabei machte „Das Schweizer Frauenblatt“ schon am 3. März 1933 klar, dass die Frauen dem „aufsteigenden Kometen Hitler“ weniger Sympathien entgegengebracht haben als die politisierenden Männer.<sup>5</sup> Die erste Welle der schweizerischen Frauenbewegung war also alles andere als entpolitisiert, sondern an der Integration der Frauen in den Staat ausserordentlich aktiv beteiligt. Sie tat dies mit grossem demokratischen und feministischen Engagement. Zwar ging auch an den Frauen der damaligen Zeit die grosse gesellschaftliche und ökonomische Spaltung der Gesellschaft zwischen links und rechts nicht spurlos vorüber, schliesslich war schon damals Biologie nicht einfach Programm, doch das klare Bekenntnis der Schweizer Frauen zu Demokratie, Grundrechten und Freiheit von links bis rechts ist Teil der Schweizer Geschichte und es ist deshalb umso ärgerlicher, dass sie immer wieder vergessen wird. Die damalige alt-Präsidentin des Bundes Schweizerischer Frauenvereine (BSF), Klara Honegger<sup>6</sup> meinte am 18. Juni 1933 – in einer Zeit, in

---

<sup>2</sup> Regula Stämpfli, *Mit der Schürze in die Landesverteidigung. Frauenemanzipation und Schweizer Militär 1914-1945*, Zürich 2002.

<sup>3</sup> Ute Gerhard und Ulla Wischermann, *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Hamburg 1990, S.337.

<sup>4</sup> Harry Mulisch, *Die Entdeckung des Himmels*, München und Wien 1993.

<sup>5</sup> *Schweizer Frauenblatt*, 3.3.1933.

<sup>6</sup> Klara Honegger (1860-1940) gehörte zu den Mitbegründerinnen der Union für Frauenbestrebungen, des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht u.a., und nahm an den grossen Frauenprojekten wie der Frauenspende, des Frauenkongresses und der Saffa wichtige Funktionen ein. Biographische Notizen, Archiv der schweizerischen Frauenbewegung Gosteli-Stiftung Worblaufen.

welcher die Männer gerne zu Waffen statt zu Wahlzetteln griffen - vor versammeltem Frauenpublikum: „Wir sind in Gefahr, nicht nur unsere Demokratie, sondern die ganze Schweiz. (...) Wir wollen die Gefahr nicht unterschätzen. Wir Frauen sollten wissen, was die Demokratie ist und sollten zusammenstehend uns nicht auf einzelne Punkte einlassen, sondern den gemeinsamen Boden finden, zusammenstehen und die Männer unterstützen, die noch für die Demokratie eintreten. (...) Wir Frauen aller Parteien sollen aufgeklärt werden. Wir sind noch nicht an eine Partei gebunden und sollten deshalb einen gemeinsamen Boden finden, den gemeinsamen Boden der Demokratie und dafür eintreten, dass die Demokratie nicht verloren geht.“<sup>7</sup>

Was führte denn so solch klaren Aussagen? Die schweizerische Frauenbewegung sah sich Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre einer ständig wachsenden Dominanz ökonomischer Themen in der Innenpolitik und gleichzeitiger Ideologisierung der politischen Kultur der Schweiz ausgesetzt. 1921 thematisierten die progressiven Frauenverbände die Vereinbarkeit Beruf und Familie<sup>8</sup>, 1928 bewiesen sie den hohen volkswirtschaftlichen Anteil der Frauen an der Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit<sup>9</sup> und 1929 warben die Frauenrechtler und Frauenrechtlerinnen mit fast 250'000 Unterschriften für die bisher grösste

---

<sup>7</sup> Protokoll der Sitzung Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 18.6.1933, in: Archiv des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes SKF-Archiv des Staatsarchivs Luzern, Dossier Verbände, Vereine und Arbeitsgemeinschaften 1922-1955. Zur ausführlichen Dokumentation der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie siehe das Archiv das Dossier BSF-Mitgliederverbände, Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, Gosteli-Stiftung Worblaufen.

<sup>8</sup> Zum Frauenkongress siehe Regula Stämpfli, a.a.O., S. 84-104 sowie BSF-Kongress für Fraueninteressen 1920/21, Gosteli-Stiftung Worblaufen. Zur schweizerischen Frauengeschichte siehe dazu das Standardwerk von Elisabeth Joris und Heidi Witzig, *Frauengeschichte (n), Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz*, Zürich 1986.

<sup>9</sup> Saffa (Hg.), *Schlussbericht der Saffa. 1. Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit*, 26.VIII.-30.IX. 1928, Bern 1928, Yvonne Voegeli: „'Man legte dar, erzählte, pries – und wich dem Kampfe aus'. Saffa 1928 - Saffa 1958“, in: Marie-Louise Barben und Elisabeth Ryter (Hg:) *Verflixt und zugenäht? Frauenbildung – Frauenerwerbsarbeit 1888-1988. Beiträge zur gleichnamigen Ausstellung im Rahmen des hundertjährigen Jubiläums der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule*, Bern 1988, 121-130.

Petition der Schweiz für die sofortige Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes.<sup>10</sup>

Doch einmal mehr und seitdem immer wieder, bewies sich die Macht gegen die Demokratie. Die für die europäischen Frauen zukunftsweisende Haager-Konferenz zur internationalen Rechtskodifikation von 1930 zeigte deutlich, wie unwillig gerade die Schweizer Männerbehörden waren, wenn es darum ging, den Staatsbürgerstatus auch auf die Frauen auszudehnen. Individuelle Staatsbürgerschaft blieb in der sich als „älteste Demokratie“ rühmenden Schweiz bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ausschliesslich Männersache. Die Schweizer Ehefrauen verloren im Falle einer Eheschliessung mit einem Ausländer automatisch ihre eigene Staatsbürgerschaft (bis 1957) und ihre Niederlassungs- und Handlungsfreiheit (bis zur Einführung des neuen Eherechts 1986). Dass dem so war, hing nicht zuletzt mit der systematischen Verdrängung der Frauen aus allen wichtigen ökonomischen Schlüsselstellen während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zusammen. Durften und mussten die Schwestern in Frankreich, Grossbritannien und den Niederlanden die kriegführenden Männer in den Fabriken, dem öffentlichen Verkehr sowie in den Büros selbstverständlich ersetzen, konzentrierte sich die nicht-kriegführende Schweiz auf die Beibehaltung der Geschlechterordnung im Innern. Im Ersten Weltkrieg erregte die Idee, dass eine Frau die Strassenbahn lenken sollte, die Gemüter, im Zweiten Weltkrieg verkürzte der Bundesrat in harmonischer Übereinstimmung mit den Gewerkschaften kurzerhand die gesetzliche Kündigungsfrist für Frauen. Sogar das Melken von Kühen wurde Schweizerinnen untersagt, schliesslich war im Kuhschweizerland Melken seit Jahrhunderten ausschliesslich Männerarbeit! Diese Vorschriften sowie die zahlreichen gesetzlichen Zurückbindungsstrategien in der Sozialpolitik – so wurde die für den Schweizer

---

<sup>10</sup> Es waren 249'237 Unterschriften. *Jahrbuch der Schweizerfrauen 1928/29*, Basel 1929, S. 23.

Sozialstaat prägende Erwerbsersatzordnung ausschliesslich für den „Ernährer“ konzipiert und hielt sich als System bis weit in die 1990er Jahre – sowie in Familien- und Wirtschaftspolitik kreierten eine politische Kultur, die das Gegenteil jeglicher feministischer Anstrengungen bedeutete. Dass dem so war, hing nicht zuletzt mit dem überaus staatstreuen Schweizerischen Katholischen Frauenbund (SKF) zusammen. So meinte der SKF 1931 beispielsweise: „Mag es auch für die Frau ein Opfer bedeuten, ihre Staatszugehörigkeit zugunsten derjenigen des Mannes aufzugeben, so muss sie diese Opfer, wie so manches andere, das ihr das Eheleben auferlegen wird, dem Einswerden zuliebe auf sich nehmen.“<sup>11</sup> Systematisch hielt der Bundesrat die zahlreichen linken und bürgerlichen Frauenrechtlerinnen aus der Politik fern und stützte sich nur dann auf die Frauenorganisationen, wenn sie alle Pflichten ohne Rechte freiwillig und gerne übernahmen.

Trotz dieser Widrigkeiten ist die Schweizer Frauengeschichte voller beeindruckenden Ereignissen, Biographien und Aktionen feministischer Politik. Dies zeigte sich eben auch sofort nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland. Nicht nur verteidigten die sozialdemokratischen und liberalen Frauenkreise immer wieder und lautstark die feministischen Postulate gegen die rechtsausen und männlichkeitsgeschaltete Politik, sondern sie waren auch die politischen Kräfte, die sich aufmachten, die Demokratie als Staatsform zu retten. Im „Jahrbuch der Schweizer Frauen“ aus dem Jahre 1933 erteilte die damalige Präsidentin des Frauenstimmrechtsvereins, Annie Leuch-Reineck<sup>12</sup>, eine deutliche feministische Absage an die faschistischen Diktaturen auf dem europäischen Kontinent. Sie redete

---

<sup>11</sup> *Katholische Schweizerin*, 24.9.1931.

<sup>12</sup> Annie Leuch-Reineck (1881-1978) war Mathematikerin und Gymnasiallehrerin, Mitbegründerin zahlreicher Frauenorganisationen, Präsidentin zahlreicher gemeinnütziger und politischer Verbände und von 1928 bis 1940 Präsidentin des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht. Biographische Notizen, Gosteli-Stiftung Worblaufen.

von „männlichkeitsgeschalteten Frauen“, deren Verführung durch die „Verherrlichung edelster Weiblichkeit“ nichts Gutes zu verheissen versprach.<sup>13</sup> Sie äusserte starke Kritik am Konzept eines Führerstaates, der alles andere als die Garantie der Demokratie darstellte, wie es manche ihrer männlichen Zeitgenossen glauben machen wollten.<sup>14</sup> Für Annie Leuch-Reineck war klar, dass einzig die Demokratie die „Gewohnheit des freien politischen Denkens und die Freiheit des persönlichen Entscheides“ gewährleisten könne. Und obwohl sich gerade „die direkte Demokratie als ein schweres Hindernis für die Einführung der politischen Gleichberechtigung erwiesen habe“, gelte es dennoch, dass „einzig die Demokratie der Boden ist, auf dem die Frauenbewegung so gut wie die Stimmrechtsbewegung ihre Entfaltungsmöglichkeiten haben.“ Der antitotalitäre Charakter ihrer Ausführungen war unübersehbar.

Annie Leuch-Reineck stellte in der organisierten Frauenbewegung keinen Einzelfall dar. Neben dem Frauenstimmrechtsverband (SVF) setzte sich auch der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) angesichts des nationalsozialistischen Wahnsinns intensiv mit der Frage nach der nationalen und feministischen Selbstfindung der Schweiz auseinander. Eine Frage, die von den schweizerischen Sozialdemokratinnen schon längst feministisch geklärt, aber in den eigenen Reihen<sup>15</sup> politisch noch längst nicht durchgesetzt war. Mit dem Aufkommen der Fronten im Frühjahr 1933 war für die bürgerlichen und die linken Frauen innenpolitisch *das*

---

<sup>13</sup> Annie Leuch-Reineck: „Frauenstimmrecht und Demokratie“, in: *Jahrbuch der Schweizerfrauen 1932/33*, Basel 1933, S. 10.

<sup>14</sup> Zur selben Zeit verfasste Gonzague de Reynold eine Schrift „Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz“ und meinte darin: „Die Schweiz ist krank. Sie muss sich einem Arzt anvertrauen. Sie braucht einen Mann und nicht nur Männer. Einzig und allein die Autorität eines Führers während der Übergangsperiode wird uns vor der Diktatur retten.“ Gonzague de Reynold: *Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz*, Luzern 1934. Diese monströse Gedankenfolge stellte bei weitem nicht das „Hirngespinnst eines Sonderlings dar“, sondern der Freiburger Aristokrat stand stellvertretend für die 30er Jahre. Siehe Aram Mattioli, *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz*, Zürich 1994, S. 217.

Signal gegeben, sich gegen die rechtsreaktionären Erneuerungsbewegungen zur Wehr zu setzen. Deshalb riefen die grossen schweizerischen Frauenverbände unter der Leitung des BSF schon im Sommer 1933 zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie“. Die schon oben zitierte Ansprache der alt-Präsidentin des BSF, Klara Honegger, vor der ersten Versammlung am 18. Juni 1933, liess keinen Zweifel über die akute innen- und aussenpolitische Gefährdung der Demokratie.

„Die Schweiz ist eine Demokratie oder sie wird nicht sein“ – dieser Satz von Ida Somazzi<sup>16</sup> wurde Leitplanke für die Arbeitsgemeinschaft „Frau und Demokratie“. Die damals beteiligten Frauen konnten nicht ahnen, dass ausgerechnet dieser Satz wiederum gegen die Frauen ausgelegt werden würde. Denn aus „Der Demokratie“ wurde im öffentlichen Diskurs sehr schnell „Die Schweiz“, aus dieser noch schneller „Die Eidgenossenschaft“ und schliesslich „Die Volksgemeinschaft“. Es waren vor allem die katholisch-konservativen Frauenorganisationen, die sich, nach einer ersten Bejahung der „Frau und Demokratie“, sehr schnell wieder von jeder demokratischen und feministischen Haltung distanzieren. Die Sympathie des SKF, wie die aller katholischen Organisationen und Institutionen mit den Erneuerungsbestrebungen von rechts aussen war unübersehbar.<sup>17</sup> Damit versetzte der SKF der noch jungen, frauenpolitisch engagierten und demokratischen Organisation „Frau und Demokratie“ einen schweren Schlag und nahm ihr die publizistische und politische Wirkungskraft. Denn der rechtsbürgerlich dominierte Bundesrat nahm jede Spaltung der Frauenorganisationen dankbar auf, um seine antifeministische Politik mit dem

---

<sup>15</sup> Annette Frei, Rote Patriarchen. Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation in der Schweiz um 1900, Zürich 1987.

<sup>16</sup> Ida Somazzi (1882-1963) war Seminarlehrerin, Dr. phil.hist. der Universität Bern und Mitbegründerin sowie Vorstandsmitglied zahlreicher gemeinnütziger und politischer Frauenverbände. Sie wurde als erste Schweizerin in die Erziehungskommission der UNO in den Vorstand berufen. Die Ida-Somazzi-Stiftung setzt sich noch heute für die Förderung der Menschen-, Frauen- und Freiheitsrechte ein. Biographische Notizen, Gosteli-Stiftung Worblaufen.

Klischée „Die Frauen selber wollen Gleichstellung ja nicht“ zu legitimieren. Zudem verfügten die katholisch-konservativen Frauen mit „ihren“ Bundesräten über direkte politische Einflussnahme an höchster Stelle. Dem BSF, SVF und SGF, traditionell der FDP eng verbunden<sup>18</sup>, sowie den Sozialdemokratinnen, gelang es kaum, ähnlich den jeweiligen Vorstandsmitgliedern des SKF, derart stark Einfluss auf die männlichen Parteikollegen zu nehmen.<sup>19</sup> Dies lag wohl nicht zuletzt daran, dass sich die liberalen und sozialdemokratischen Frauenverbände gewisse Eigenpositionen in Gleichstellungsfragen vorbehielten während die katholisch-konservative Frauenorganisation willfähiges Instrument der katholischen Bewegung war und jede Gegenposition schon im Keim zu ersticken wusste. Die Allianz zwischen SKF und Bundesrat bedeutete für die progressiven Frauenorganisationen nicht nur ein Zurückdrängen wichtiger politischer Forderungen, sondern eine weitreichende Spaltung der Frauenbewegung. Als Georgine Gerhard<sup>20</sup> am 20. Juni 1936 der Arbeitsgemeinschaft „Frau und Demokratie“ vorschlug, den Bundesrat für seine „antidemokratischen Methoden“ und das „Dringlichkeitsregime“ zu kritisieren, um dem „wachsenden Autoritarismus der Landesregierung“ entgegenzuwirken, fand sie

---

<sup>17</sup> Zur Geschichte der Affinitäten zwischen katholischem Konservatismus und den Erneuerungsbestrebungen von rechts während der Zwischenkriegszeit siehe Aram Mattioli (1994) a.a.O sowie Regula Stämpfli a.a.O.

<sup>18</sup> In Zürich und Bern wurde die Integrationsbereitschaft der Frauen honoriert. Die Freisinnigen Parteien der beiden Kantone nahmen zum erstenmal auch Frauen als Mitglieder auf. Diese bildeten eine eigene Gruppe, die sog. Frauengruppe, die sich an den Delegiertenversammlungen vertreten lassen konnte, ohne indessen das Stimmrecht zu besitzen. *Pressebulletin des SVF*, Januar 1936, Schweizerisches Sozialarchiv.

<sup>19</sup> Bei der Sammlung der Unterschriften zur Stimmrechtspetition von 1929 rekrutierten vor allem die Sozialdemokratinnen Anhängerinnen zur Strassenaktion. Die bürgerlichen Frauen fanden kaum Unterstützung in den eigenen Reihen. Siehe dazu Sibylle Hardmeier, „Die Schweizer Frauenrechtlerinnen und ihr Verhältnis zum Staat: Zwei Thesen zur Auswirkung des politischen Systems und der politischen Kultur auf die frühe Frauenstimmrechtsbewegung“, in: AGGS (Hg.): *Frauen und Staat*, Basel 1998, S. 22-27.

<sup>20</sup> Georgine Gerhard (1886-1971) war Gymnasiallehrerin, Mitbegründerin und Präsidentin zahlreicher politischer und gemeinnütziger Frauenvereine, langjähriges Vorstandsmitglied des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht und während des zweiten Weltkrieges aktiv im Zivilen Frauenhilfsdienst und in der Flüchtlingshilfe. Biographische Notizen, Gosteli-Stiftung Worblafen.



unter den Frauen keine Mehrheit mehr.<sup>21</sup> Anstatt eines lautstarken Protestes kam es zu einer gemässigten Erklärung an den Bundesrat.<sup>22</sup> Somit verlor auch die Arbeitsgemeinschaft „Frau und Demokratie“ ihr ursprünglich feministisches und demokratisches Programm. Schon 1938 hatte sie sich deshalb unter der Führung der katholischen und bürgerlichen Frauen zum Landesverteidigungs- statt Gleichstellungsinstrument gewandelt<sup>23</sup>. Zum erstenmal wurde an der Veranstaltung unter dem Motto „Wie stärken wir Schweizer Geist und Art?“ einem Mann das Wort erteilt. Dies stellte einen Bruch mit der eigenen Organisation dar und war Zeichen dafür, dass sich feministische Aktionen unter dem Druck der Zeit völlig verändern konnten. Zwar wehrten sich die Frauenrechtlerinnen an der Landesausstellung 1939 witzig und eindrücklich mit dem feministisch provokativen Frauenpavillion: „die Ecke, die dem freien schweizerischen Staatsbürger fast peinlich wird“.<sup>24</sup> Doch dieser und weitere Versuche der Frauenrechtlerinnen, das Thema politische Gleichberechtigung auch während den Krisen- und Kriegszeiten auf die öffentliche Agenda zu setzen, wurden durch „wichtigere“ Belange der Landesverteidigung, durch die Antifeministinnen in den eigenen Reihen und durch die durchwegs frauenfeindliche Machtkonzentration in Politik, Militär und Wirtschaft verhindert.

„Das Unglück der kontinentalen Parteien, die ohnehin von der Macht und dem Staat grundsätzlich geschieden sind, war noch nicht einmal, dass sie in der Enge partikularer Interessen verstrickt blieben, sondern fing damit an, dass sie sich des ‚Materialismus‘ dieser Interessen schämten und daher zu beweisen trachteten, dass die jeweiligen, besonderen Interessen einer Klasse oder Gruppe haargenau mit dem

---

<sup>21</sup> Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 20.6.1936, Gosteli-Stiftung Worblaufen.

<sup>22</sup> Beilage zum Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 20.6.1936, Gosteli-Stiftung Worblaufen.

<sup>23</sup> Protokoll der Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 20.11.1938, Gosteli-Stiftung Worblaufen.

Gesamtinteresse der Nation oder gar dem Interesse der ganzen Menschheit übereinstimmten.“ So beschrieb Hannah Arendt die Ursprünge totalitärer Systeme.<sup>25</sup> Auch die schweizerischen Frauenverbände begannen sich unter Druck der politischen Macht wie durch den Verrat der Schwestern in den eigenen Reihen ihrer ausdrücklichen feministischen Interessen zu „schämen“. Sie wagten, angesichts der äusserst desolaten Kriegszeitstimmung in der Schweiz, sie auch nicht mehr so laut zu äussern. Damit wurden die grossartigen Leistungen der Frauenbewegung der ersten Welle während des Zweiten Weltkrieges verdrängt und instrumentalisiert, nur um à la longue erst noch auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt zu werden. Zwar führten die Frauenstimmrechtsorganisationen nach dem Krieg ihren wichtigen Kampf für die politische Gleichstellung weiter, doch das kulturelle und diskursive Klima der Zeit hatte sich völlig gegen sie gewendet. Der polit-kulturellen Mief der 1950er bis weit in die 1970er Jahre reichend, verunmöglichte die „Menschwerdung der Frau“, für die sich die erste Welle der schweizerischen Frauenbewegung immer wieder stark gemacht hatte. Nicht nur das. Die engagierten Feministinnen und ihre Forderungen der ersten Stunde wurden in einer unfassbaren ahistorischen und verwerflichen Unachtsamkeit so schnell wie möglich verdrängt. Artikel wie der eingangs besprochene in der NZZ am Sonntag 2007 sind besonders deutlich sprechende Zeichen, wie demokratische, von menschlicher Vernunft geleitete und feministische Forderungen der öffentlichen Banalität geopfert werden. Frauen scheren sich viel mehr um Politik als dies vielen Männer und den antifeministischen Tussis passen würde. Doch herrschende Klischees, ahistorischer Live-Fetischismus und die Infantilisierung der postmodernen Beliebigeitsgesellschaft schaffen es ständig, nicht nur gegenwärtige Frauenpolitiken, sondern auch die historischen frauenpolitischen Zusammenhänge zu verfälschen, lächerlich zu machen und zu

---

<sup>24</sup> *Schweizer Frauenblatt*, 20.9.1939.

verdrehen. Um auf die aktuellen Zahlen der schlechteren Wahlbeteiligung von Frauen zurückzukommen: Es sind nicht die Frauen, die sich punkto Stimm- und Wahlverhalten verändert haben, sondern die Männer. Die erleben nämlich einen derartigen Mobilisierungsschwung, dass die schon immer bestehende und international auch übliche Geschlechterdifferenz (die übrigens eins zu eins mit der ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Machtstellung oder Ohnmachtsstellung der Frauen im betreffenden Land zusammenhängt) nun in der Schweiz weit höher ausfällt als noch 1999. Dieser männliche Mobilisierungsschub kommt – dies nur so nebenbei – nicht zuletzt der rechtspopulistischen und fast vollständig frauenfreien SVP zugute. Dies wären eigentlich die Themen, die Medien, Wissenschaft und vor allem Wahlstrategen beschäftigen sollte. Doch offenbar ist es beliebter, Frauen ständig als Mangelwesen zu kennzeichnen. Verknüpft mit einer offiziellen Geschichte und einer Medienöffentlichkeit, die so tun als hätten die Schweizer Frauen vor 1971 nichts anderes getan als zu den eigenen Kindern und dem eigenen Mann zu schauen, werden dann aktuelle ahistorische Frauenbilder konstruiert, die vor allem eins bewirken: Weibliche Busen-Po-Prominenz in den Medien, zahlreiche banale und möglichst junge Antifeministinnen, fast unsichtbare Schriftstellerinnen, Philosophinnen, Historikerinnen, Ökonominnen, nicht einmal eine Handvoll Chefredaktorinnen sowie eine Medienlandschaft, die am 28. Juni 2007 tatsächlich ironiefrei rapportiert: „Wenn das Mami arbeitet, leidet das Kind“. Und so beginnt jede Töchtergeneration genau wieder dort, wo ihre Urgrossmütter es schon längst besser gemacht haben.

---

<sup>25</sup> Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 406.